



Unnötig und reine Schaumschlägerei

Die von der Jungen SVP des Kantons Bern eingereichte Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern», über welche wir am 24. November abstimmen, geht von einem menschenverachtenden Bild von Ausländer/innen aus und ist entschieden abzulehnen.

Der Initiativtext verlangt eine Teilrevision der Kantonsverfassung: Nicht eingebürgert werden soll, wer

- Wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde
- Zu einer Freiheitsstrafe von mind. 2 Jahren verurteilt wurde
- Sozialhilfe bezieht oder bezogene Leistungen nicht vollumfänglich zurückbezahlt
- Nicht nachweislich über gute Kenntnisse einer Amtssprache verfügt
- Nicht über ausreichende Kenntnisse des schweizerischen und kantonalen Staatsaufbaus und seiner Geschichte verfügt
- Über keine Niederlassungsbewilligung verfügt.

Grosser Rat lehnt Initiative ab

Der Grosse Rat lehnte die Initiative mit 109 zu 37 Stimmen ab – zu Recht, denn sie ist unsinnig und unnötig: Zuerst mal ist es unsinnig, diese Forderungen in der Verfassung festzuschreiben. Ein Gutachten stellte zudem fest, dass diese zum Teil nicht mit übergeordnetem Recht vereinbar, heute bereits erfüllt oder dass entsprechende gesetzliche Änderungen auf Bundesebene in Vorbereitung sind. Weiter sind die Forderungen unpräzise formuliert: Was heisst «gute» oder «ausreichende» Kenntnisse? Wie weit zurück werden Verurteilungen als relevant erklärt? Was ist mit verjährten Delikten, die im Strafregister nicht mehr ersichtlich sind? Was bedeutet die Forderung, dass keine Sozialhilfebezügler/innen eingebürgert werden

sollen: gilt das auch für Bezüge, die in anderen Kantonen erfolgten? Was, wenn eine einbürgerungswillige Person während dem Einbürgerungsverfahren die Arbeit unverschuldet verliert und auf Sozialhilfe angewiesen ist? Oder durch einen Unfall arbeitsunfähig wird? Die Initiative unterscheidet auch nicht zwischen Einbürgerungen gemäss Bürgerrecht von Gesetzes wegen und Einbürgerungen gemäss eidgenössischem Bürgerrecht – wo der Kanton gar keinen Einfluss hat. Schon heute wird ohne Niederlassungsbewilligung niemand eingebürgert und es gibt keinen Rechtsanspruch – die Initiative ist also unnötig und basiert auf reiner Schaumschlägerei.

Populistische Vorlage

Mit dem ab 2015 geltenden Integrationsgesetz werden die Anforderungen an einbürgerungswillige Personen bereits erhöht. Es ist symptomatisch, dass die SVP dieses Gesetz ablehnte und stattdessen eine noch weiter gehende Initiative vorlegt. Diese geht von einem negativen, menschenverachtenden Bild von Ausländer/innen aus und dient ausschliesslich den populistischen, ausländerfeindlichen Zielen der SVP. Sie ist deshalb klar abzulehnen.



Béatrice Stucki
Grossrätin SP

Peter Smolaj/pixelio.de



Die Initiative der SVP schafft neue Barrieren, statt einen wirksamen Beitrag zur Integration zu leisten.

TSCHOU

Steuerreformen statt Kaputtspareerei

Für die grossrätliche Budgetdebatte im November ist die SP-JUSO-PSA-Fraktion inhaltlich zwar bestens vorbereitet. Doch ich prognostiziere, dass die bürgerlichen Parteien einen rigorosen Sparkurs auf dem



Buckel der Schwächsten durchpauken werden. Dieselben Parteien notabene, welche noch im September höhere Gewinne beim Immobilienverkauf unterstützt haben. Und wenn mitten in der Spardebatte die Betreiberin des Flughafens Belp Subventionen für Flugstrecken fordert, finden das die Bürgerlichen prüfenswert. Da bleibt mir die Spucke weg!

Fast alle Kantone und viele Gemeinden schreiben Defizite. Es weht ein eisiger Wind durchs Land, soziale Anliegen haben es schwer. Die Reichsten verdienen immer mehr, der Staat wird ausgehöhlt und die Zeche bezahlen die Schwächsten. Doch dies ist kein Naturprinzip, sondern das Credo der bürgerlichen Mehrheiten in den Parlamenten und Gemeinderäten. Kein Wunder, müssen nun Gemeinden rund um Bern Steuererhöhungen ins Auge fassen. Gelernt haben die Bürgerlichen immer noch nichts. Nach der von ihnen beschlossenen Steuerreduktion mit Einnahmehausfällen in der Kantonskasse von 260 Millionen Franken steht mit der Unternehmenssteuerreform III auf nationaler Ebene bereits ein neues Steuersenkungsprojekt nach demselben Muster an: Steuern senken, Steuern senken, Steuern senken... Unser Slogan «Für alle statt für wenige» bringt es auf den Punkt. Soziale Gerechtigkeit geht uns alle etwas an. Deshalb müssen Steuersenkungen mit allen Mitteln bekämpft werden. Mit einem entschiedenen Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und einem Beitrag aller Bernerinnen und Berner mittels einer befristeten Steuererhöhung wollen wir den Staat vielmehr stärken. Und Kürzungen in sozial sensiblen Bereichen werden wir anlässlich der Budgetdebatte im November radikal bekämpfen.

Michael Aebersold, Grossrat
und Präsident der SP/JUSO/PSA-Fraktion

SP-VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTOR ANDREAS RICKENBACHER SETZT AUF NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

«Cleantech bringt uns vorwärts»

Regierungsrat Andreas Rickenbacher ist verantwortlich für die Umsetzung der neuen Agrarpolitik des Bundes und die neue kantonale Wirtschaftsstrategie. Er will damit den Cleantech-Standort weiter stärken.

Mit der Wirtschaftsstrategie 2025 will der Kanton den Wohlstand aller verbessern. Welche Akzente setzt Du als Volkswirtschaftsdirektor? Nachhaltige Entwicklung ist die Grundmaxime der rot-grünen Kantonsregierung. Darauf basiert meine neue Wirtschaftsstrategie. Einer der Schwerpunkte ist daher die Förderung des Bereichs Cleantech, also die Minimierung des Ressourcenverbrauchs. Cleantech bringt uns vorwärts. Die Strategie wird uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen.

Cleantech steht und fällt mit der Energiewende. Wo stehen wir?

Unternehmen, die frühzeitig auf erneuerbare Energien setzen, können sich wirtschaftliche Vorteile verschaffen. Die Minimierung des Ressourcenverbrauchs ist eine Aufgabe der gesamten Wirtschaft. Auch eine Bäckerei zum Beispiel muss entscheiden, wie sie ihre Energiebilanz optimieren kann. Einen Boom erleben gegenwärtig die Hersteller von Wärmepumpen. Im Kanton Bern gibt es in diesem Bereich einige Marktführer.

Als Volkswirtschaftsdirektor kennst Du die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbslosen liegt in Bern unter dem schweizerischen Durchschnitt. Welche Trümpfe haben wir?

Ich stehe oft in Kontakt mit Unternehmerpersönlichkeiten, welche die Treue und Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeitenden zu schätzen wissen. Bern profitiert zudem von der zentralen Lage zwischen Genf, Basel und Zürich. Auch unsere Zweisprachigkeit ist für internationale Firmen wichtig. Nicht zu vergessen die Hauptstadtfunktion: Unternehmen schätzen die Nähe zur Bundesverwaltung.

Der Kanton Bern wurde in letzter Zeit als schwach dargestellt, weil er 1,3 Milliarden Franken aus dem nationalen Finanzausgleich kassiert.

Dieser Betrag ist angemessen, denn er berücksichtigt die Grösse unseres Kantons mit über einer Million Menschen. Es gibt einige Kantone, die pro Kopf mehr Ausgleich kassieren als Bern. Wenn der Betrag klein ist, fällt er weniger auf. Die Kantone bilden eine Solidargemeinschaft. Berns Hauptstadtfunktion ist weniger



Michael Stahl

Andreas Rickenbacher: «Unternehmen, die auf erneuerbare Energien setzen, können sich wirtschaftliche Vorteile verschaffen.»

einträglich als der Chemiestandort Basel oder der Rohstoffhandel in Zug.

Kann ich daraus ableiten, dass es auch innerhalb des Kantons Bern den Ausgleich zwischen Zentren und Landgemeinden braucht?

Ja. Bern ist eine Schweiz im Kleinformat. Un-

«Bern ist eine Schweiz im Kleinformat.»

ser Ausgleichssystem war Schulbeispiel bei der Ausarbeitung des nationalen Finanzausgleichs. Unsere Strukturen sind aber nicht in Stein gemeisselt: Nach der erfolgreichen Bezirksreform müssen wir nun die Gemeindestrukturen effizienter gestalten. Es wird weitere Fusionen geben. Aufgabe der Politik ist es, den Kanton mit städtischen und ländlichen Gebieten zusammenzuhalten.

Bern ist der grösste Landwirtschaftskanton der Schweiz. Was bedeutet die neue Agrarpolitik 2014 bis 2017 für die Volkswirtschaftsdirektion? Die Betonung der ökologischen Landwirt-

schaft zielt in die richtige Richtung. Förderung von Biodiversität ist im Kanton Bern schon seit 2008 Praxis. Konsumentinnen und Konsumenten wünschen ökologische Produkte. Unserem Amt für Landwirtschaft und Natur bringt die Neuausrichtung gegenwärtig viel Zusatzarbeit: Es muss dafür sorgen, dass die rund 600 Millionen Franken des Bundes an Direktzahlungen gemäss den neuen Kriterien an die Bauern verteilt werden.

Interview: Daniel Vonlanthen

KANTONALE WAHLEN 2014

Am 30. März 2014 finden im Kanton Bern Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die amtierenden SP-Regierungsräte Barbara Egger, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud werden alle wieder kandidieren. In einer Interview-Serie spricht links.be mit Egger, Rickenbacher und Perrenoud über die vergangene Legislatur und ihre Pläne für die nächsten vier Jahre. Bisher erschienen: Interview mit Barbara Egger (September-Ausgabe).



Ein erweiterter Kanton Jura würde zu einer Schwächung des Berner Juras führen: Im Bild die Gemeinde Malleray.

Zeit, die Seite umzublättern

Die Jurafrage hat den Berner Jura während vielen Jahren blockiert. Die sozialdemokratische Partei des Berner Jura (PSJB) spricht sich für ein Nein am 24. November aus, um die institutionelle Zukunft der Region endgültig zu klären. Hierfür sprechen auch wirtschaftliche, soziale, finanzielle und politische Gründe.

Der PSJB begrüsst eine Volksabstimmung zur institutionellen Zukunft des Berner Juras: weil insbesondere dadurch die Jurafrage endgültig geklärt werden kann. Gleichzeitig strebt der PSJB den Erhalt des gesamten Berner Juras als Teil des Kantons Bern an und wehrt sich entschlossen gegen die kulturellen Abschottungstendenzen, wie sie bei verschiedenen populistischen Bewegungen in der Schweiz und Europa erkennbar sind. Die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen der Kanton Bern aktuell zu kämpfen hat, beurteilen wir als rein politisches Problem, sie haben nichts mit einer kulturellen Identitätsfrage zu tun. Sie sind vielmehr die Folge einer falschen Steuerpolitik, welche die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat durchgesetzt hat. Diese Situation kann nur durch eine Stärkung der Linken bei den Grossratswahlen 2014 korrigiert werden.

Daneben gibt es weitere Argumente, welche für den PSJB gegen eine Loslösung des Berner Juras vom Kanton Bern sprechen. Diese lassen sich nach institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen, finanziellen sowie politischen Aspekten aufgliedern.

Institutionelle Gründe

- Ein erweiterter Kanton Jura wäre zu klein und müsste seine Politik nach den grossen Kantonen ausrichten
- Ein entsprechender Kanton würde sich aus Regionen zusammensetzen, die untereinander schlecht vernetzt wären

- Ein entsprechender Kanton würde über kein eigenes Zentrum verfügen

- Ein entsprechender Kanton würde eine Grenze schaffen zwischen dem Berner Jura und der Stadt Biel, mit welcher der Berner Jura so sehr verbunden ist

Wirtschaftliche und soziale Gründe

- Die beiden Regionen (Jura und Berner Jura) haben die gleichen Stärken, gleichzeitig aber auch die gleichen Schwächen, was eher Konkurrenzsituationen hervorrufen als zu einer sinnvollen Ergänzung führen würde
- Bei globalen Konjunkturkrisen wäre ein erweiterter Kanton Jura als Gesamtheit betroffen

Finanzielle Gründe

- Die Geldflüsse zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Bern sind eindeutig positiv zugunsten des Berner Juras. Der aktuelle Kanton Jura wäre nicht in der Lage, diese Unterstützung weiterzuführen
- Ein erweiterter Kanton Jura würde in gefährlichem Masse vom Lastenausgleich auf nationaler Ebene abhängen

Politische Gründe

Die Verfassung des neuen Kantons könnte für keine der folgenden Notwendigkeiten garantieren:

- Die Notwendigkeit, den Berner Jura in eine urbane Schweiz zu integrieren

- Die Notwendigkeit, die starken Bindungen zwischen dem Berner Jura und der Stadt Biel aufrechtzuerhalten

- Die Notwendigkeit, die Zweisprachigkeit Biels aufrechtzuerhalten

- Die Notwendigkeit, die Zweisprachigkeit des Kantons Bern und seine Brückenfunktion zwischen deutscher und französischer Schweiz aufrechtzuerhalten

- Die Notwendigkeit, die Einheit des Berner Juras zu garantieren

Zeit und Energien anders investieren

Bei einem Ja am 24. November würde ein Prozess in Gang gesetzt, der viele Ressourcen verschlänge. Diese werden besser anders eingesetzt, zum Beispiel für den notwendigen Anpassungsprozess an ein sich ständig wandelndes globales Umfeld. Und ein langer politischer Prozess rund um die Bildung eines neuen Kantons Jura, der letztlich auf die Beibehaltung des Status quo hinausliefe, würde den Berner Jura ebenfalls schwächen.

Übersetzung: Oliver Lüthi



Roberto Bernasconi, Grossrat und Vizepräsident PSJB (angepasster Artikel, basierend auf einer Medienmitteilung des PSJB vom Mai 2013)



SPITZE FEDER

Vorhandene Kräfte besser nutzen!

Die entsprechenden Klagelieder sind allenthalben zu vernehmen: Unsere SP-Sektionen verlieren Leute, finden keine GenossInnen für die Besetzung von Ämtern, ver-



zeichnen wenig Teilnehmende an Mitgliederversammlungen. Über die Gründe für den beklagten Kriechgang der Sektionen wird oft diskutiert, ohne berauschende Resultate. Dies darf aber

nicht dazu verleiten, sich zur Mitgliederwerbung keine Gedanken mehr zu machen. Und zusätzlich gilt: *Vorhandene Kräfte besser nutzen und so aus der Situation das Beste machen!* Folgende Massnahmen und Ideen können dabei helfen:

- Zahl der Vorstandsmitglieder klein halten, dafür immer wieder Verantwortung für bestimmte Aktionen/Versammlungen an einzelne GenossInnen ausserhalb des Vorstands delegieren. Es gibt Mitglieder, die permanente Zuständigkeit ablehnen, jedoch bereit sind, einmal im Jahr etwas für die Sektion zu tun.

- Dasselbe gilt auch für öffentliche Aktionen (Flugblätter verteilen, Briefkastenaktionen, Schreiben von LeserInnenbriefen usw.).

- Akzeptieren, dass überdurchschnittlich viele pensionierte oder junge GenossInnen in Gremien Einsitz nehmen und sich an Aktionen beteiligen. Es ist nun einmal so, dass das Berufsleben oftmals (zu) hohe Anforderungen an die Arbeitnehmenden stellt. Infolgedessen werden sich diese selten für die Partei engagieren.

- Die beruflichen Kenntnisse von Sektionsmitgliedern nutzen, sie z. B. gelegentlich als ReferentInnen, RechnungsrevisorInnen, RedaktorInnen eines Flugblatts u. ä. beziehen.

- Zusammenschlüsse kleiner Sektionen zu grösseren, die je nach Bedarf mal in diesem, mal im andern Quartier/Dorf Aktionen durchführen.

Im Übrigen: Grossen Dank an alle, die sich immer wieder, ohne auf Ehre und Ruhm zu schielen und ohne einen Orden «Heldin/Held der Arbeit» zu erhalten, für die Parteiarbeit zur Verfügung stellen!

Renat Beck,
Gewerkschaftsmitarbeiter im Ruhestand,
SP Bümpliz/Bethlehem

ENDSPURT

Nationale Abstimmungen vom 24. November: Ja zu 1:12, Nein zur Familieninitiative

Am 24. November steht eine der wichtigsten nationalen Abstimmungen dieses Jahres an: die 1:12-Initiative. Tausende von 1:12-Fahnen wehen inzwischen auf Balkonen und vor Fenstern, Hunderte von Flyerverteileraktionen wurden durchgeführt und Dutzende von SP-Sektionen in unserem Kanton haben irgendeine Veranstaltung zu 1:12 organisiert. Der

tinnen. Sensibilisiert und mobilisiert in eurem Umfeld und bringt möglichst viele Leute dazu, dass sie am 24.11. ein Ja in die Urne legen!

Neben 1:12 stimmen wir am 24. November auch über die Familieninitiative der SVP ab. Diese bevorzugt ein «traditionelles» Familienmodell, anstatt alle Familienformen gleich zu behandeln, und würde zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe führen. Die Initiative ist sowohl aus gleichstellungspolitischer als auch aus finanzpolitischer Sicht absolut unsinnig, weshalb sich die SP vehement dagegen ausspricht. Und schliesslich wird am 24. November auch über die Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Erhöhung der Gebühr der Autobahnvignette) befunden. Die entsprechende Parole wird an der DV der SP Schweiz vom 26. Oktober gefasst.

1:12

ja! am 24. November

millionenschweren Kampagne der Bürgerlichen haben wir eine Basiskampagne entgegengesetzt, welche von den Leuten ausgeht und ein Zeichen setzt gegen Abzockerei und das zunehmende Lohnungleichgewicht zwischen «unten» und «oben». Die letzte Umfrage des Gfs-Forschungsinstituts stimmt uns zuversichtlich. In den kommenden Wochen brauchen wir allerdings den Einsatz aller, um die 1:12-Kampagne zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Wir zählen dabei auf den Einsatz unserer Mitglieder und Sympathisan-

AGENDA

Parteitag

27. November, 19 Uhr, im Hotel Bern, Bern

Alle Termine: www.spbe.ch/agenda

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Oliver Lüthi
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 25. November 2013

ROTES BRETT

KOSTENLOS INS KONZERT DES THUNER STADTORCHESTERS

Das Thuner Stadtorchester ist ein Amateur-Sinfonieorchester, das in der Regel pro Konzertsaison vier Sinfoniekonzerte und ein Kammerkonzert aufführt. Die Amateure werden bei den Streichern von Berufsmusikern als Stimmführern unterstützt, und auch unter den Bläsern hat es einige Profis. Die Basis des Orchesters ist aber nach wie vor der Idealismus begeisterter Amateurmusiker aus der Stadt und Region Thun. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt. Hinweise zu anstehenden Veranstaltungen finden sich auf der Webseite des Thuner Stadtorchesters <http://www.thunerstadtorchester.ch/home>.

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Webseite, www.spbe.ch, unter der Rubrik «Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch